

# Kriegswirtschaft und Volks- ernährung.

Das Abgeordnetenhaus wird sich heute mit Fragen der Kriegswirtschaft und Volksernährung beschäftigen. Es wäre hoch an der Zeit, daß auch die bürgerlichen Parteien ihre Aufmerksamkeit den Schwierigkeiten zuwenden, unter denen heute die gesamte Volkswirtschaft zusammenzubrochen droht, unter denen alles leidet mit alleiniger Ausnahme jener kleinen Schicht, die von Profit und Zins ein sorgloses Dasein führt und sich an den Geldentaten anderer mühelos berauscht. Die bürgerlichen Parlamentsparteien aber erinnern an die medizinische Wahrnehmung, daß die armen Erfrierenden vor dem Tode von den herrlichsten Träumen umgaukelt werden. So spinnen sie die schönsten Nationalstaats träume, während die Völker, denen diese Staaten gelten sollen, vor Frost und Hunger verkommen, während die wirtschaftlichen Grundlagen, auf denen sie aufgebaut werden sollen, eben auf ein Menschenalter und mehr verschüttet werden. Wenn wir von Arbeiter- und Bauernräten beratschlagt wären und nicht von einem längst ausgelebten Parlament, so hätte die Volksvertretung schon seit geraumer Zeit und nicht bloß in Form von Anfragen um unsere wirtschaftliche Bedrängnis sorgen müssen.

Schon im Herbst 1916 haben wir aus Anlaß der Zuckerpreishöhung darauf hingewiesen, daß die Volksernährung bei der überlangen Dauer des Krieges aus einer Verteilungs- in eine Produktionsfrage umschlägt. Seither haben wir bei jeder Gelegenheit darauf verwiesen. Man hat auch diese Erkenntnis, sobald sie allgemeiner wurde, mißdeutet und mißbraucht, indem man in sinnlos gesteigerten Preisen ein Lock- und Reizmittel der Produktion finden wollte. So hat man das Gegenteil bewirkt. Welchen Anreiz sollte ein Landwirt, der von seiner Obsternte allein schon den halben Geldwert seines Anwesens verdient, in sich fühlen, sich mit Arbeit erfordernden Anbaupflanzen zu überanstrengen? Nicht an zu niederen Preisen erkrankte unsere heimatische Erzeugung, sondern an dem Mangel aller Hilfskräfte und Hilfsstoffe. Sie droht an Ueberpreisen und Unterernährung mit Arbeitskraft und Arbeitsmitteln zugrunde zu gehen. Dieses Uebel ist durch die jüngsten militärischen Anstrengungen doppelt fühlbar geworden. Aus Anlaß

der Ernährungsenquête, in der sich der gegenwärtige Ministerpräsident einen Elementarkurs in Ernährungslehre veranstaltete, haben wir die gestellte Aufgabe gezeichnet: Es war durchzusetzen das Existenzminimum der Volkswirtschaft, ihr Mindestbedarf an Mann und Material zu erkämpfen und mit dem Militärbedarf in einem festen Gleichgewichtszustand zu erhalten. Ein bestimmtes Maß an Arbeitskräften und Arbeitsmitteln muß dem Hinterland bleiben, wenn der Zweck der Kriegführung selbst nicht gefährdet werden soll. Neben den Berufssoldaten, die fordern — was wir ganz wohl begreifen —, ist die starke Zivilgewalt nicht sichtbar, die die Grenzen der Selbsterhaltung des Heimatlandes wahrnimmt. Wie jede Lösung ihren Sättigungsgrad, so hat jede Verbindung eine Untergrenze, bis zu der sie Bestandteile noch abgeben kann, widrigens sie zerfällt. Es hat bisher an irgend einer vorausschauenden Instanz gefehlt, die diese Untergrenze wahrgenommen hätte. So hat die Zivilgewalt bei Kriegsbeginn das Existenzminimum der Industrie nicht geschützt, und erst hinterher mußte man durch Rücküberlassungen und Enthebungen die so nötige industrielle Produktion wieder aufbauen. Und so hat man bis Mitte dieses Sommers den Kohlenbergbau immer mehr der Belegschaften berauben lassen, bis man beinahe vor der Katastrophe stand — dann erst, wie sich zeigt, viel zu spät, hat man die Bergleute heimgeschickt, und erst seit jener Zeit steigt wieder die Kohलगewinnung. Aber man kann heute das Versäumte schlechterdings nicht mehr einbringen. Unsere Volkswirtschaft besitzt eben jenen festen Hort nicht,

21.11.1917 106  
wessen sie unbedingt bedürfte, um inmitten der zängenden Kriegserfordernisse zu bestehen. Umfesterung und Einberufung haben jetzt schon ihre gesicherte Technik, die Interessen der Volkswirtschaft dagegen entbehren eines ebenso zuverlässigen Organs. Aber man kann nicht leben, ohne zu produzieren, man kann nicht produzieren ohne Arbeitskräfte und Arbeitsmittel und dieser Zusammenhang richtet Schranken auf, um deren Einhaltung sich füglich irgend jemand kümmern muß.

Daran fehlt es uns zur Stunde am meisten und schon lange sehr. Einer der Gründe ist die wirtschaftsfernde Erziehung und Schulung unserer Bürokratie und also der Staatsmänner, die uns regieren. Der andere Grund ist, daß bei uns die öffentliche Gewalt in unkluger Weise zerlegt ist: Die Militärgewalt ist völlig getrennt von der Zivilverwaltung und hat geradezu verfassungsmäßig von ihren Aufgaben und Sorgen nicht Notiz zu nehmen. Sie steht über und zwischen Ungarn und Oesterreich zugleich und trifft ihre Maßregeln, von beiden Seiten bald beeinflusst, bald unbeeinträchtigt. Wenn sie auf das Wirtschaftsleben beider Staaten beeinflussende Rücksicht nehmen wollte, so könnte sie es von Staatsrechts wegen nur mangelhaft. So kommt es, daß wir der innigen Zusammenarbeit beider Gewalten, die Deutschland so stark und zahlreich macht, völlig entbehren. Der moderne Krieg, ein Krieg von solcher Dauer zumal, kann ohne ständige Beobachtung auf die heimische Volkswirtschaft nicht geführt werden. Bei uns aber zwingt keine verfassungsmäßige Einrichtung diese Beobachtung auf, und unsere Regierungen haben als reine Hofregierungen nicht die Kraft, die Anforderungen der militärischen Operationen mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten in Einklang zu erhalten.

Wir haben während dieser Herbstkampagne das rollende Bahnmateriale nicht, das wir für die Kartoffel-, Rüben- und Kohlentransporte unbedingt benötigen. Zugleich haben wir die genügenden Arbeitskräfte nicht besessen, den Herbstanbau vorzunehmen. Wir haben die Wagner und Schmiede nicht mehr in den Dörfern, das Gerät instand zu setzen. Das militärische Versorgungs- und Enthebungssystem, auch wenn es noch so freigebig gehandhabt würde, kann schon wegen seiner Zusammenhanglosigkeit nicht ausreichen. Es wäre eine systematische Rekrutierung aus der Armee für das Hinterland nötig, um das nackte volkswirtschaftliche Existenzminimum zu retten, ein Nazai der Volkswirtschaft wäre zu suchen. In Deutschland hat man ein Kriegsamat geschaffen, das die Bedürfnisse von Armee und Hinterland in Einklang hält; bei uns besteht auch nicht ein schwacher Anlaß dazu. Wenn es jetzt geschaffen würde, wäre es wahrscheintlich schon zu spät! Vor anderthalb Jahren haben wir ein Transportamt verlangt, das wenigstens die Verkehrsmittel nach Zeit und Ort, nach zivilem und militärischem Bedarf verteilt. Nicht einmal das ist geschehen. Die Militärverwaltung nimmt die Lastwagen einfach nach einem Prozentschlüssel, also etwa „rund“ zu 70 Prozent, in Anspruch, immer nach einem mechanischen Schlüssel und so reichlich, daß sie nicht in Verlegenheit kommt, höchstens daß ihre leere Wagen die Geleise verstellen. Die Zivilfracht hat sich zu bescheiden... Aber bei dem Zusammenhang, der zwischen Volkswirtschaft und militärischer Bereitschaft besteht, schädigt die Aushungerung der Volkswirtschaft hinterher die Leistungsfähigkeit der Armee.

Die Ernährungsschwierigkeiten, unter denen wir in diesen Monaten leiden, sind zu einem hohen Grade aus der unerträglichen Verwirrung des Transportwesens entstanden. Wir kennen diesen Zusammenhang schon aus den Märztagen Rußlands. Sie müssen ins Ungemessene wachsen, wenn nicht rechtzeitig gepflügt und gesät werden kann. Wie aber soll das jetzt noch bewerkstelligt werden ohne alles erfassende, alles vor-

sehende Zwangsorganisation? Wen aber gibt es in diesem Staate, der die nötige Voraussicht besäße, wie viele Bürger gibt es, die das Opfer des Gehorsams ausbrächten, zumal bei der Heße, in der sich die bürgerlichen Parteien gegen die Zentralen gefallen?

Nur eines hilft wirklich, der baldigste Friede! Nicht weil er uns sofort Brot brächte — davon ist leider gar keine Rede —, sondern weil er die Arbeitskräfte freimacht, die Brot erzeugen.